

PRESSEBERICHT

75

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM

SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61

FERNSPRECHER 20186

No. 15

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLEANGABE AM 30. Juli 1926.

EISENBAHNER.

Für ein einheitliches Vorgehen des englischen Werkstättenpersonals. (ITF) Im Gegensatz zu den übrigen Personalkategorien sind für die Werkstättenbediensteten der englischen Eisenbahnen weder lokal noch national Instanzen vorgesehen, die sich mit auftauchenden Fragen der Arbeitsbedingungen usw. zu befassen haben. Allgemein wahrt bisher jede Gewerkschaft die Interessen ihrer Mitglieder und nur fallweise gehen die Gewerkschaften einheitlich vor. Die Schwierigkeit, auch für die Werkstättenarbeiter jenes für die übrige Eisenbahnerschaft geltende Lohnnämterssystem einzuführen, leitet sich grosenteils aus der Vielzahl von Gewerkschaften ab, die Werkstättenarbeiter organisieren. Seit Jahren wird nun versucht, unter diesen Gewerkschaften eine Verständigung herbeizuführen, um auch für die Werkstättenarbeiter die Einführung von Lohnnämtern zu sichern, ohne dass nennenswerte Fortschritte erzielt wurden. Einen Wendepunkt kann eine im Juni stattgefundene Konferenz bedeuten, an der die Vertreter von sieben verschiedene Gewerkschaften teilgenommen haben und die zum Abschluss eines gegenseitigen Abkommens geführt hat. Als leitende Grundsätze werden in diesem Abkommen festgestellt, dass alle nationalen Verhandlungen, die die Interessen des Werkstättenpersonals betreffen, gemeinsam von allen Gewerkschaften, die dem Abkommen beigetreten sind, geführt werden sollen, während im Hinblick auf reine Berufsfragen die betr. Gewerkschaft zur Führung separater Verhandlungen berechtigt werden soll.

Ferner sieht das Abkommen Bestimmungen vor, die den Uebertritt von einer Gewerkschaft zur andern erschweren und Reibungen unter den Gewerkschaften aus diesem Grunde ausschliessen. Es ist ferner in Erwägung gezogen, die Beitragshöhe zu den interessierten Gewerkschaften zu vereinheitlichen.

Der Allgemeine Englische Eisenbahnerverband (NUR), dem bekanntlich ebenfalls Werkstättenarbeiter angehören, hat das Abkommen auf seinem kürzlich stattgefundenen Kongress bereits gutgeheissen.

Bildung eines Aktionsausschusses in der Tschechoslowakei. (ITF) Der "Weckruf der Eisenbahner", das Organ der deutschen Eisenbahner in der Tschechoslowakei, bringt in der Nummer vom 20. Juni folgende Bekanntmachung:

"Nachstehende Gewerkschaftsorganisationen und Vereine der Eisenbahnangestellten:

"Föderation der Maschinenführer in der Tschechoslowakischen Republik", "Beamtenverein der tschechoslowakischen Bahnen mit voller Mittelschulbindung in Prag", "Unie der Eisenbahnangestellten in der Tschechoslowakischen Republik",

beschliessen einen Gegenseitigkeitsvertrag zum einheitlichen Vorgehen in allen Aktionen, welche zum Zwecke, wie nachstehend angeführt, unternommen werden.

Die Einheitsorganisation trägt den Titel:

"Aktionsausschuss der Gewerkschaftsorganisationen und Vereine der Eisenbahnangestellten in der Tschechoslowakischen Republik".

Der Zweck des Aktionsausschusses ist:

Durchführung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktionen für die Eisenbahnangestellten. Mitarbeit im Interesse der Angestellten bei Durchführung der Gehalts- und Lohnregelung. Regelung und Einhaltung der Dienst- und Arbeitszeit im Legislativ- als auch im Amtswege;

Gemeinschaftlich bei Bewertung und Normalisierung der Dienst- und Arbeitsverrichtungen zu arbeiten, sowie bei Systemisierung der Dienststellen;

die Interessen der Mitglieder der Bundesorganisationen und Vereine in Humanitätsanstalten zu wahren;

Durchführung von Interventionen in konkreten Fällen prinzipiellen Charakters;

Die Interessen der einzelnen Berufsgruppen in Uebereinstimmung mit den anderen Gruppen zu wahren, Zwiste und Missverständnisse zwischen diesen Gruppen zu beseitigen;

Auswahl und Durchsetzung von Kandidaten bei Wahlen in Angestellten- und Humanitätsinstitutionen;

Pflege gegenseitiger Verbindungen zwischen Angestelltengruppen, ihren Organisationen und Vereinen wie auch Erfüllung aller Aufgaben, die aus dem Dienst- und Gesellschaftsleben des Eisenbahnpersonals hervorgehen.

Der Aktionsausschuss."

TRANSPORTARBEITER.

Die Hafendarbeiter-Aussperrung in Dünkirchen. (ITF) Ein Ende des Arbeitskonflikts im Hafen von Dünkirchen ist noch stets nicht abzusehen, obwohl dieser nun bereits sieben Wochen im Gange ist. Die Unternehmer bleiben bei den von ihnen bekannt gegebenen Forderungen beharren und lehnen jede von dritter Seite angebotene Vermittlung ab. Nur wenn die Hafendarbeiter selbst die Bereitschaft zu Verhandlungen bekunden, wollen die Unternehmer mit sich reden lassen. Die Hafendarbeiter erklären demgegenüber, dass sie bereit sind, die Arbeit zu den alten Bedingungen, die vor der Aussperrung bestanden, fortzusetzen und dass eine Veranlassung zur Führung von Verhandlungen nicht besteht.

Es ist selbstverständlich, dass der Kampf der Hafendarbeiter von Dünkirchen die moralische und materielle Unterstützung seitens der gesamten französischen Gewerkschaftsbewegung findet. In sämtlichen französischen Häfen wird die Behandlung von Schiffen, die etwa aus Dünkirchen wegdirigiert werden, verweigert. Ausserdem sind Sammlungen zur Unterstützung der Ausgesperrten eingeleitet. Ferner sind Massnahmen getroffen um die Kinder der Hafendarbeiter bei andern Arbeiterfamilien ausserhalb Dünkirchen unterzubringen. Um die Not zu lindern, hat der Gemeinderat von Dünkirchen beschlossen, während der ganzen Konfliktdauer die Kinder der ausgesperrten Hafendarbeiter kostenlos in der Schule zu ernähren.

Wie das französische Gewerkschaftsorgan "Le Peuple" berichtet, bietet Dünkirchen äusserlich das Bild einer im Kriegszustand befindlichen Stadt. Die Regierung hat "zur Wahrung der Ordnung" sechs Tausend Soldaten und 800 Gendarmen nach Dünkirchen entsandt. Das Hafengebiet selbst ist abgesperrt und darf nur mit besonderer Erlaubnis betreten werden. Da ganz Dünkirchen eigentlich von dem Hafengewerbe lebt, zieht der Konflikt weite Kreise und fügt der gesamten Geschäftswelt grossen Schaden zu.

Ueber die Vorgeschichte des Konfliktes machte der Sekretär des Dünkirchener Hafendarbeiterverbandes einem Berichterstatter von "Le Peuple" folgende ausführlichere Mitteilungen:

"Die Hafendarbetriebsunternehmer von Dünkirchen haben ein Verteidigungskomitee errichtet, mit dem wir über die Interessen der Hafendarbeiter verhandeln. Zeitweilig waren unsere Beziehungen mit diesem Komitee abgebrochen. Es wurde dann ein neues Bureau errichtet, das uns seinen Wunsch zu erkennen gab, erneut mit dem Verband in Fühlung zu treten. Ermächtigt von unseren Mitgliedern nahmen wir am 26. April an einer Unterredung teil, in deren Verlauf uns der Vorsitzende des Bureau verständigte, dass er entschlossen wäre, gemeinsam mit den Hafendarbeitern zum Nutzen aller zu wirken. Wir forderten bei dieser Gelegenheit eine Erhöhung der Löhne entsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten ab 1. Mai.

"In einer weiteren Zusammenkunft wurde uns die Erhöhung des Tagelohns um 2 Franken vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde uns mitgeteilt, dass die Löhne sofort nach Bekanntwerden des amtlichen Teuerungsindex entsprechend neu festgesetzt werden sollen. Der Präsident verpflichtete sich selbst uns gegenüber zum Rücktritt, wenn die Unternehmer seine Vorschläge nicht annehmen. Kurze Zeit darauf stieg der Index auf 6.13 und wir erinnerten an das gegebene Versprechen.

"Mittlerweile brach auch ein Konflikt bei den Erzarbeitern aus. Sie verlangten eine Vergütung von 30 Centimes pro Tonne und die Verstärkung eines Arbeitsfluges um je 4 Mann. Hiervon wollten die Unternehmer indessen nichts wissen, worauf diese Hafendarbeiter in den Streik traten.

"Das "Verteidigungskomitee" erklärte uns daraufhin, dass eine Erhöhung der Löhne erst in Frage komme, wenn im Erzbetrieb die Arbeit wieder aufgenommen sei. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte unter der Bedingung, dass die Löhne gemäss dem gegebenen Versprechen neu geregelt und dass über den Tarif neu diskutiert werde. Aber die Unternehmer waren anderer Meinung. Am 20. Mai legten sie uns ein fünf Punkte umfassendes Ultimatum vor. Dieses sah die Aufhebung des Mindestlohns für Akkordarbeit und sonstige wichtige Änderungen unserer Arbeitsmethoden vor. Unter anderem sollten wir uns beispielsweise nicht weigern dürfen, mit "Gelben" zusammen zu arbeiten. Diese Vorschläge fanden bei unseren Kameraden keine Unterstützung und eine Generalversammlung lehnte sie ab.

"Unmittelbar darauf stellte uns das Verteidigungskomitee vor die Frage: Annahme oder Ablehnung. Man bot uns einen Kontrakt an auf der Grundlage der fünf Punkte und in dem auch gewisse Klauseln betr. die Ueberstunden und die Familienzuschläge enthalten waren. Dieser Vorschlag wurde vor dem Präfekten diskutiert. Wir wollten ihn nicht annehmen. Der Präfekt befürwortete neue Verhandlungen, aber das Verteidigungskomitee bestand darauf, dass vor allem die vorläufigen Vorschläge zugelassen werden müssten. Damit war jede Verhandlungsmöglichkeit beseitigt. Seit 11. Juni ruht nun jede Arbeit im Hafen von Dünkirchen."

Das Exekutivkomitee der ITF hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Aussperrung in Dünkirchen beschäftigt und beschlossen, einen Appell an die angeschlossenen Hafendarbeiterverbände zur materiellen Unterstützung der Hafendarbeiter in Dünkirchen zu erlassen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dem Dünkirchener Hafendarbeiterverband 10.000 Franken zu überweisen.

Bemerkt sei noch, dass die Hafendarbeiter von Antwerpen vom ersten Tage des Konfliktausbruches an die Hafendarbeiter von Dünkirchen durch Verhängung des Boykotts über alle etwa von Dünkirchen nach Antwerpen umgeleiteten Schiffe unterstützt haben.

Eine Erklärung von Vignaud zum Konflikt in Dünkirchen. (ITF) Vignaud, Sekretär der französischen Hafendarbeiter-Föderation hat einem Vertreter von "Le Peuple" gegenüber erklärt:

"Dünkirchen hat unsere stärkste Organisation. Alle Hafendarbeiter Frankreichs haben die Augen auf diesen Verband gerichtet, der stets ein Beispiel von Energie gegeben hat. Dies erklärt die Begeisterung, mit der sich die Solidarität manifestiert. Nicht nur finanzielle Solidarität, sondern auch Solidarität durch Verhängung des Boykotts. Unsere Kameraden von Calais, Rouen u.a. verweigern die Behandlung von nach Dünkirchen bestimmten Schiffen, die nach ihren Häfen umgeleitet werden. Die gleiche Solidarität wird international geübt. Die Hafendarbeiter von Antwerpen nehmen dieselbe Haltung ein.

Die Unternehmer werden ihre Absichten nicht durchsetzen. Der gewerkschaftliche Geist ist bei unsern Freunden zu tief verankert als dass ihre Organisation mit Leichtigkeit zertrümmert werden könnte."

Strassenbahnerstreiks in Frankreich. (ITF) Die Entwertung des französischen Franken zwingt die französischen Gewerkschaften, fortwährend neue Lohnforderungen zu stellen. Das Unternehmertum kann die Berechtigung der Forderungen natürlich nicht abstreiten, aber es sucht - dem Beispiel der Kapitalisten in andern Ländern folgend, über die die Inflationswelle ebenfalls dahingebraust ist - aus der Inflation zu profitieren und die Löhne möglichst niedrig zu halten. Infolge dieser Haltung des Unternehmertums sind Streiks und Aussperrungen in Frankreich gegenwärtig auf der Tagesordnung. Im allgemeinen handelt es sich um kurzdauernde Konflikte. So wurde bei den Strassenbahnen von Perpignan während 5 Tagen, und bei den Strassenbahnen von Clermont Ferrand sogar nur während 2 Tagen gestreikt. Beide Streiks endeten mit einem Erfolg für die Arbeiter. Einen ernsthaften Charakter hat der Strassenbahnerstreik in Lille. Dieser dauert nun schon an die 50 Tage, ohne dass ein Ausblick auf Beilegung besteht. Insgesamt sind etwa 1500 Arbeiter an dem Streik beteiligt. Die Streikenden werden in ihrem Kampfe seitens der gesamten französischen Strassenbahnerschaft unterstützt.

Warum die englischen Transportarbeiter keinen Boykott über Kohlen-
transporte verhängen. (ITF) Ernest Bevin, der Generalsekretär des
allg. englischen Transportarbeiterverbandes hat am 17. Juli in einer
in Hanley stattgefundenen Versammlung erklärt, dass die englischen
Transportarbeiter ihr Möglichstes tun, um die Einfuhr von Kohlen nie-
derzuhalten, dass aber die Verhängung eines Boykotts über Kohlenla-
dungen durch das Exekutivkomitee des Verbands praktisch den Ausbruch
eines neuen Transportarbeiterstreiks über das ganze Land bedeuten
würde. "Wir stimmten dem Generalstreik als einer Alternative zur
Boykotterklärung zu. Ein Boykott war in 1921 versucht worden, schlug
aber elendiglich fehl. Ich fürchte, dass die Anwendung dieses Mittels
keine Lösung im Bergbaukonflikt bringt. Es wäre übel, die Leute her-
auszuholen ohne dass Aussicht besteht, sie wieder in einer geeigneten
Weise zurückbringen zu können, Finanziell könnten wir im Augenblick
einen weiteren nationalen Streik nicht durchhalten. Ich kann nicht
mit Erfolg ausführen, was die Bergarbeiter verlangen und habe dies
ihnen offen erklärt."

Beilegung des Konfliktes bei der holländischen Strassenbahn Zutphen-
Emmerich. (ITF) Ein seit einem halben Jahre im Gange gewesener Kon-
flikt bei der Strassenbahn Zutphen-Emmerich ist Ende Juli durch ein
Kompromiss beigelegt worden. Anlass zu diesem Konflikt war die will-
kürliche Entlassung von zwei Bediensteten und die Nichtanerkennung
der Gewerkschaft. Richtig besehen handelte es sich um einen Kampf
zwischen der holländischen Vereinigung von Strassenbahnunternehmungen
und dem freigewerkschaftlichen Eisen- und Strassenbahnverband. Der
Streik brach im Januar dieses Jahres aus, wobei die Gewerkschaft so-
fort ein neues Kampfmittel einsetzte, indem sie einen Autobusdienst
auf derselben Strecke organisierte, die seitens der Strassenbahnges-
ellschaft bedient wurde. Da die Sympathien der Bevölkerung allgemein
auf der Seite der Gewerkschaft standen, ging von der Errichtung des
Konkurrenzbetriebes an der weitaus grösste Teil des Passagierge-
schäftes auf das Gewerkschaftsunternehmen über. Eine Abschwächung der
Wirkung der Konkurrenz entstand aber dadurch, dass der Autobusbetrieb
nur bis zur holländischen Grenze verkehren durfte und dass trotz wie-
derholten Vorstellungen bei den in Frage kommenden Behörden keine Er-
laubnis zur Durchführung des Betriebes auf der ganzen Strecke Zutphen
-Emmerich erteilt wurde.

Die nunmehr gefundene Formel für die Beilegung des Konfliktes
bildet ein nicht alltägliches Kompromiss. Beide Parteien errichten ge-
meinsam einen Fonds, dessen Gesamtbetrag dazu hinreicht, den 60 an
Streik beteiligt gewesenen Bediensteten während 28 Wochen, gerechnet
vom 1. August an, eine Unterstützung im Betrage von 20 Gulden die
Woche zu sichern. An dieser Summe partizipiert der Unternehmerverband
mit 40% und die Gewerkschaft mit 60%.

Die Wiedereinstellung des Personal bei der bestreikten Gesell-
schaft soll soweit als möglich erfolgen. Das nicht wieder zur Einstel-
lung gelangende Personal kann bei andern Betrieben des Unternehmerver-
bandes beschäftigt werden. Bis zum Tage der Wiedereinstellung oder der
Einstellung bei einem anderen Betrieb - innerhalb der 28 Wochen - wird
das Personal aus dem gemeinsamen Fonds unterstützt. Kann die Gewerk-
schaft einem Personalmitglied selbst eine Anstellung vermitteln, so
erhält diese den ganzen auf diese Person fallenden Unterstützungsbe-
trag, soweit dieser nicht bereits zur Ausschüttung gelangt ist.

Die Belegschaft des Betriebes hat diesem Kompromiss mit allen ge-
gen 2 Stimmen zugestimmt. Sein praktischer Wert wird grossenteils be-
stimmt von der Art und Weise, wie die Wiedereinstellung des Personals
erfolgt. Das hängt natürlich von der weiteren Haltung der Gesellschaft
ab. Durch die Beteiligung des Unternehmerverbandes an der Bildung des
Fonds liegt eine glatte Abwicklung auch im finanziellen Interesse der
Unternehmerseite, denn je schneller und je vollständiger das Personal
wieder in Dienst gestellt wird, umso mehr vermindert sich der zu leis-
tende Zuschuss. Die Gewerkschaft betrachtet die Wiedereinstellung al-
ler Streikenden als eine ungeschriebenen Bestandteil des Kompromisses
und würde jede andere Haltung als einen Einbruch in den Geist des Ab-
kommens deuten.

Änderung des Teuerungsindex in Antwerpen. (ITF) Die Hafenkommission von Antwerpen hat in einem einstimmig gefassten Beschlusse erklärt, dass der Teuerungsindex der Regierung in der bis heute gebräuchlichen Zusammenstellung zur Feststellung der Löhne ungeeignet ist. Gleichzeitig wurde eine Unterkommission bestehend aus 2 Vertretern der Unternehmer und 2 Vertretern der Arbeiter beauftragt eine neue Berechnungsbasis aufzustellen. In Ausführung ihres Auftrages hat die Unterkommission 29 Artikel bestimmt, deren Preisbewegung hinfort dem Teuerungsindex zu Grunde gelegt werden soll. Die Errechnungsmethode der Regierung hatte bisher die Preise von 53 Artikeln erfasst, wodurch ein ganz anderes Bild entstand, das die tatsächliche Teuerung, wie sie im Arbeiterhaushalt empfunden wird, nur mangelhaft widerspiegelte.

Die Hafenkommission hat am 22. Juli von dem Vorschlag der Unterkommission Kenntnis genommen und wird Ende Juli noch näher darüber beraten.

Die Teuerungsbewegung hält ununterbrochen an. Der Regierungsindex hob sich von 614 Punkten am 15. Juni auf 680 Punkte am 15. Juli.

Errichtung von Arbeiter-Annahmegebäude im Antwerpener Hafen. (ITF) Die Arbeiterannahme im Hafen von Antwerpen erfolgt gegenwärtig an etwa 80 verschiedenen Stellen. Diese Tatsache macht die Auffindung von Beschäftigung für die Hafenarbeiter sehr umständlich und hat zur Folge, dass die Arbeiter schon Stunden vor den Annahmezeiten im Hafen sein müssen. Seit Jahren haben die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von Antwerpen auf eine Beseitigung dieses Misstandes angedrungen und die Errichtung von einigen Gebäuden, in denen die Arbeiterannahme konzentriert wird, gefordert. Diese Bestrebungen haben nun zu einem Erfolg geleitet. Die Stadt Antwerpen hat beschlossen, dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu entsprechen und zunächst ein Annahmegebäude zu errichten.

Grosser Arbeitskonflikt in Finnland. (ITF) Anfang Juli brach in den Sägereien von Kemi (Nord-Finnland) ein Streik aus, da die Unternehmer eine schon im Frühjahr gestellte Forderung auf Erhöhung der Löhne um 5 bis 10%, die durch die eingetretene Teuerung mehr als gerechtfertigt war, kategorisch abgeschlagen haben. Dieser Streik, an dem sich 1500 Arbeiter beteiligten, griff schon zwei Tage später auf die Hafenarbeiter über, da diese weigerten, von Streikbrechern behandelte Waren zu verladen. Wie schon bei früheren grossen Streiks griff nämlich unmittelbar nach dem Streikausbruch in den Holzsägereien die Streikbrecher-Organisation ein. Sowohl vom Finnischen Holzarbeiterverband als vom Transportverband wie auch vom Finnischen Gewerkschaftsbund wurde versucht, die Unternehmerorganisation zu Verhandlungen zu bewegen, doch ist dies abgewiesen worden, da die Unternehmer sich der Einführung von Tarifverträgen noch immer widersetzen und nur individuelle Dienstverträge abschliessen wollen. Seitens der Transportarbeiter sind etwa 1000 Personen an dem Streik beteiligt. Auch sie erheben die Forderung auf eine 10%ige Lohnerhöhung, was im Hinblick auf die allgemein in Nord-Finnland herrschende Teuerung seitens des Transportarbeiterverband und seitens des Finnischen Gewerkschaftsbundes als sehr bescheiden betrachtet wird. Im Laufe des Monats Juli griff der Streik auch auf Yxpilä über. In diesem Hafen hatten zwei kleinere Unternehmer im Frühjahr einen Vertrag mit dem Transportarbeiterverband abgeschlossen, aber der Verband der Hafenunternehmer hat diese mit der Drohung des Ausschlusses gezwungen, das Abkommen zu widerrufen. Ende Juli war der Streik noch an beiden Orten im Gange. Die Unternehmer sind wohl zu Verhandlungen bereit, wollen aber die Gewerkschaften dabei umgehen.

SEELUTE.

Kongress des englischen Seeluteverbandes. - Der Kongress beschliesst den Austritt aus der I.T.F. (ITF) In der zweiten Juli-Hälfte fand in London die 37. Jahresversammlung der National Sailors' and Firemen's Union in London statt. Wie zu erwarten war, spielte bei den Kongressverhandlungen die Haltung des Verbandes während des allgemeinen Streiks im Mai eine grosse Rolle. Bekanntlich hatte sich die Verbandsleitung auf den Standpunkt gestellt, dass über die Befolgung oder Nichtbefolgung der vom Generalrat des Gewerkschaftskongresses er-

teilten Anweisung auf Eintritt in den Streik, durch eine Mitgliederabstimmung entschieden werden müsse. Havelock Wilson, der greise Führer des Verbands hat die Haltung der Verbandsleitung auf dem Kongress verteidigt mit dem Erfolg, dass der Kongress ihm fast einstimmig ein Vertrauensvotum ausstellte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung nahm der Kongress eine Resolution an, in der der Austritt aus der Internationalen Transportarbeiter-Föderation erklärt wurde. Dem Bericht des Daily Herald zufolge soll dieser Beschluss in der angenommenen Resolution damit begründet sein, dass die I.T.F. durch ihre Haltung gezeigt habe, "mehr eine politische als eine gewerkschaftliche Vereinigung" zu sein. Ausserdem wird Edo Timmen beschuldigt, "Manifeste ohne hinreichenden Auftrag seitens der Exekutive" herausgegeben zu haben und dass die europäischen Arbeiter hierdurch irregeleitet worden seien.

Auf Antrag des Exekutivkomitees wurde ferner noch ein Beschluss gefasst, demzufolge besoldete Funktionäre von ihrem Posten zurückzutreten haben a) mit 60 Jahren, wenn sie Abteilungsdelegierte sind, b) mit 65 Jahren, wenn/Abteilungssekretäre und Distriktssekretäre sind, c) mit 70 /sie/ Jahren, wenn sie im Hauptbüro tätig sind.

Auf Grund dieses Beschlusses trat der 74-jährige Generalsekretär E. Cathery noch auf dem Kongress zurück.

VERSCHIEDENES.

Ein Jubilar - August Forstner 50 Jahre. (ITF) Am 29. Juli vollendete August Forstner, der Obmann des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Oesterreich sein fünftes Lebensjahrzehnt. Leider war es ihm nicht vergönnt, den Festtag in der gesundheitlichen Frische zu feiern, in der ihn noch viele Teilnehmer des letzten Kongresses der I.T.F. in Erinnerung haben. Forstner war schon vor längeren Monaten von einer Krankheit angegriffen worden und erlitt vor kurzem, wahrscheinlich infolge vorschneller Wiederaufnahme der Arbeit einen Rückfall, der ihn erneut ins Krankenhaus brachte. Infolgedessen sammelten sich seine Wiener Freunde und die Delegierten der oesterreichischen Transportarbeiterschaft am 29. Juli am Krankenbett Forstners und brachten ihm ihre Glückwünsche und den Dank der Arbeiterschaft dar. Ein Lichtblick fiel auf diese stille und ungewöhnliche Feier; der Gesundheitszustand Forstners ist in schneller Besserung begriffen und lässt erhoffen, dass Forstner bald wieder in alter Rührigkeit sich der Arbeiterbewegung widmen kann.

Forstner ist auch im Kreise der I.T.F. ein reger Mitkämpfer, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass der letzte Kongress ihn zum Mitglied des Generalrats der I.T.F. gewählt hat. Er hat auch für die I.T.F. verschiedene besondere Aufträge durchgeführt und u.a. im vergangenen Jahre in deren Namen die Forderungen der Berufskraftfahrer im technischen Sonderausschuss des Völkerbundes für den Strassenverkehr mit seiner gewohnten Leidenschaftlichkeit verteidigt.

Die Wiener Arbeiterzeitung widmet Forstner aus Anlass seines Geburtstages einen grossen Artikel, der das interessante Lebensbild des Jubilars festhält. Ein Abschnitt hieraus sei hier festgehalten, da dieser mehr als anderes geeignet ist, die eingetretene Veränderung der gewerkschaftlichen Kampfformen zu beleuchten. Wir meinen die Zeit, da Forstner "Die Peitsche" redigierte, deren Betriebskapital aus dem Pfanderlös für seine goldene Taschenuhr beschafft wurde. "Seine Redaktionsutensilien", so lesen wir, "führte er unter dem Kutschersitz mit sich und wenn Forstner mit seinem Wagen aus dem Standplatz oder sonst irgendwo stand, benützte er diese Zeit zur Erledigung der redaktionellen Arbeiten. Einmal sollte eine soeben erschienene Nummer konfisziert werden. Aber die Polizei suchte vergebens auch in Forstners elterlicher Wohnung. Während dies geschah fuhr Forstner den damaligen Ministerpräsidenten und Minister des Innern Grafen Franz Thun und dieser sass auf dem Jagensitz, unter dem die von der Polizei so eifrig gesuchte Zeitungsaufgabe verborgen war....."